

Kroatentreffen am Loibacher Feld am 16. Mai geplant

Das umstrittene Kroatentreffen am Loibacher Feld in Bleiburg soll dieses Jahr am 16. Mai stattfinden. Der Verein "Bleiburger Ehrenzug" hat die Veranstaltung bei der Polizei für diesen Tag angemeldet. Da es sich um das 75-Jahr-Jubiläum handelt, rechnet die Polizei mit "deutlich mehr Besuchern" als im vergangenen Jahr, hieß es auf Anfrage der APA.

Bei dem Treffen gedenken die Teilnehmer rund 40.000 geflüchteter Soldaten, die aufseiten Deutschlands gekämpft hatten. Sie wurden in Bleiburg mit ihren Familienangehörigen von der britischen Besatzungsmacht an die kommunistischen Einheiten Titos ausgeliefert. Tausende verloren in der Folge gewaltsam ihr Leben. Das Treffen gilt aber auch als Treffpunkt von Kroaten, die den faschistischen Vasallenstaat Hitler-Deutschlands im Zweiten Weltkrieg verklären. In den vergangenen Jahren wurden immer wieder Ustascha-Symbole bei einzelnen Teilnehmern gesehen, regelmäßig gab es auch Festnahmen wegen Verstößen gegen das Verbotsgesetz.

Aufgrund dieser ständigen Zwischenfälle hatte die Diözese Gurk-Klagenfurt im vergangenen Jahr auch die Genehmigung für das Zelebrieren einer Bischofsmesse verweigert. Das Feiern eines "normalen" Gottesdienstes kann hingegen nicht verboten werden. Ob es dieses Jahr die Erlaubnis für eine Bischofsmesse geben wird, ist derzeit noch offen. Diözesanbischof Josef Marketz, seit 2. Februar im Amt, erklärte auf APA-Anfrage: "Ich habe mit dem Verantwortlichen der kroatischen Bischofskonferenz für die heilige Messe im Rahmen der Gedenkfeier am Loibacher Feld ein erstes Gespräch geführt. Weitere Schritte und allfällige Entscheidungen diesbezüglich können erst nach der Frühjahrstagung der kroatischen Bischofskonferenz, bei der die Gedenkveranstaltung am Loibacher Feld auch ein Thema sein wird, unternommen bzw. getroffen werden."

Das Nein der Kirche im vergangenen Jahr war unter anderem mit mangelnder Distanz zu faschistischem Gedankengut begründet worden. Einer der Gründe: 2018 hatte es bei der Veranstaltung sieben Festnahmen und in der Folge fünf Verurteilungen wegen Wiederbetätigung gegeben. In der Folge wurde in Österreich das Verbot extremistischer Symbole ausgeweitet, seither fallen auch Ustascha-Symbole unter das Verbot. Daran hielten sich die rund 10.000 Teilnehmer im vergangenen Jahr auch, die Polizei stellte keine verbotenen Symbole fest, auch die Zahl der Uniformen war deutlich niedriger als in den Jahren davor.

Kleine Zeitung, 21.02.2020